

Von Sünde und Demokratie

Am vergangenen Sonntag ist in Syrien über eine neue Verfassung abgestimmt worden. Heute wählen die Iraner ein neues Parlament. Und übermorgen entscheiden die Russen, ob Ministerpräsident Wladimir Putin wieder Staatspräsident wird. Natürlich wäre es unangemessen und unfair, Putin mit den Gewaltherrschern in Syrien und im Iran zu vergleichen. Aber er ist auch nicht der „lupenreine Demokrat“, zu dem ihn vor acht Jahren Gerhard Schröder ernannt hat, damals Bundeskanzler, heute Vertreter eines russischen Engereikonzerns. Schröder hat behauptet, dass Putin Russland, ich zitiere, „zu einer ordentlichen Demokratie machen will und machen wird“. Doch davon ist das Land weit entfernt. Der Berliner Russlandexperte Hans-Henning Schröder kam kürzlich zu dem Schluss, die Präsidentenwahl am Sonntag sei, „nicht frei und fair“. Allerdings räumte er ein, es gebe in Russland, ich zitiere, „einen gewissen Grad an Meinungsfreiheit“. Bei den Präsidenten Syriens und des Iran und bei Wladimir Putin wird nur in besonderer Weise eine Gefahr sichtbar, der Menschen oft erliegen. Der Mensch, und das ist eine Erkenntnis der Bibel, kann nicht ertragen, dass sein Wissen, seine Macht und sein Leben begrenzt sind. Daher will der Mensch wie Gott sein. Er will allmächtig sein und unfehlbar. Dass der Mensch wie Gott sein will, nennt die Bibel Sünde. Diese theologische Einsicht hat praktische, ja politische Konsequenzen. Sie spricht für die Demokratie. Viele Leute reduzieren Demokratie darauf, dass die Mehrheit entscheidet. Aber das allein würde eine Tyrannei nicht verhindern. Im Gegenteil! Es kann auch eine Tyrannei der Mehrheit geben. Um diese zu verhindern, schützen demokratische Verfassungen auch die Rechte von Minderheiten. Ja, im Grundgesetz sind die Grundrechte einer Mehrheitsentscheidung entzogen. Artikel 1 bis 20 haben eine „Ewigkeitsgarantie“, wie die Juristen sagen. So könnte zum Beispiel die Todesstrafe selbst dann nicht eingeführt werden, wenn das der Bundestag einstimmig beschließen würde. Insofern ist auch das Argument hinfällig, gäbe es auf Bundesebene Volksabstimmungen, bestünde die Gefahr einer Einführung der Todesstrafe. Der Mensch will wie Gott sein, er hat Phantasien von Allmacht und Unfehlbarkeit und will diese verwirklichen. Um dies, um Machtmissbrauch zu verhindern, haben demokratische Verfassungen Sicherungen eingebaut. Dazu gehört die Gewaltenteilung. Das Parlament kontrolliert die Regierung, zumindest in der Theorie. Und Gerichte kontrollieren Regierung und Parlament. Und das funktioniert in Deutschland. So hat das Bundesverfassungsgericht am Dienstag das Recht des Bundestages bei der Eurorettung gestärkt. Weil Demokratie Macht einhegt und dem Machtmissbrauch wehrt, dient sie dem Menschen. Als Theologe drücke ich das so aus: Eine demokratische Verfassung wehrt denen, die wie Gott allmächtig sein wollen und unfehlbar. Machtmissbrauch droht und geschieht in allen Lebensbereichen, auch in der Wirtschaft und in der Kirche. Daher brauchen auch Wirtschaft und Kirchen demokratische Regeln und Einrichtungen. Ja, wir müssen in allen Lebensbereichen mehr Demokratie wagen. Und ich besage bewusst „wir“. Denn eine Demokratie funktioniert nicht ohne Demokraten. Es ist die Pflicht jedes Einzelnen, Machtmissbrauch beim Namen zu nennen, in der Schule, in der Wirtschaft, im Staat und in der Kirche. Das kann man auf einer Parteiveranstaltung tun und bei einer Demonstration. Man kann Leserbriefe schreiben, in Parteien, Verbänden, Bürgerinitiativen und Kirchengemeinden mitarbeiten und vieles mehr.